



## Editorial

Im Jahr 2007 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um durchschnittlich 653 000 Personen zu, für 2008 prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr eine weitere Zunahme um durchschnittlich 471 000 Personen. Damit verbunden ist eine Senkung der Arbeitslosenzahlen auf 3,61 bzw. 3,05 Millionen Personen. Das sind erfreuliche Nachrichten, die bei allen Wolken am wirtschaftlichen Horizont nicht klein-geredet werden sollten.

In der politischen Diskussion ließen sich allerdings manche dazu verleiten, von einer in naher Zukunft erreichbaren Vollbeschäftigung zu reden. Dieser Begriff ist zugegebenermaßen für die politische Diskussion sehr reizvoll, da es keinen Konsens über eine exakte Definition gibt, sodass das Nichterreichen des Ziels nicht mit allgemein anerkannten Zahlen nachgewiesen werden kann. Unterstellt man behelfsweise, dass bei einer Arbeitslosenquote von 3% von „Vollbeschäftigung“ gesprochen werden könnte, so müsste der Beschäftigungsaufbau noch ca. weitere drei Jahre im gleichen Umfang weitergehen wie zuletzt. Damit ist jedoch aufgrund der sich abschwächenden Konjunktur nicht zu rechnen, sodass allein schon aus diesem Grund vor dem Wecken zu großer Erwartungen zu warnen ist.

Hinzu kommt, dass ein solches Szenario die Möglichkeit der Reintegration aller Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt – gegebenenfalls nach einer Umschulung o. Ä. – unterstellt. Doch auch davon kann leider nicht ausgegangen werden. Vielmehr besteht die Gefahr, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nicht mehr in einen normalen Arbeitsprozess integrierbar sein wird. Beispielsweise beklagte die UNESCO kürzlich eine zunehmende „Verrohung“ der deutschen Jugend in dem Sinne, dass Jugendliche immer häufiger und früher gewalttätig würden – u. a. deshalb, weil der Zusammenhalt in den Familien nachlässt. Wer jedoch seine Mitschüler brutal misshandelt oder Steine auf Polizisten wirft, wird sich nur schwer in einen Arbeitsprozess integrieren lassen.

Eine gute und vorausschauende Arbeitsmarktpolitik ist deshalb mehr als die Arbeitsmarktpolitik im klassischen Sinne und auch mehr als eine Verbesserung der schulischen Bildung. Sie ist dringend angewiesen auf eine Flankierung durch die Stärkung der Familien und kleiner sozialer Bezugsgruppen sowie durch die Integration aller Bevölkerungsteile in die Gesellschaft.

*Joachim Wilde  
Chefökonometriker und -statistiker des IWH*